



Junge Männer, mit hoher Wahrscheinlichkeit Mitglieder der FDJ, protestieren auf einem Dach gegen den Freispruch von NS-Funktionären
Foto: SZ Photo

Geniekult entsorgen

Angst essen Kunst auf: Kritik an Matthias Hartmann am Burgtheater Wien

Von Uwe Mattheiß

Im Wiener Burgtheater räumt es. Am Freitag publizierten zunächst 60 aktuell und ehemals Beschäftigte des Hauses einen offenen Brief zur Aufarbeitung ihrer Zeit mit dem früheren Burgtheaterdirektor Matthias Hartmann (2009–2014). Die Rede ist von der Machtkonzentration des häufig auch Regie führenden Intendanten, von hoher persönlicher Abhängigkeit und einer „Atmosphäre der Angst“. Männer und Frauen aus nahezu allen Gewerken des Betriebs von der Garderobiere über Techniker, Souffleusen, kaufmännisches Personal bis hin zu altgedienten Ensemblemitgliedern und gefeierten Stars beschreiben einen selbstherrlichen Führungsstil Hartmanns und eine von Sexismus, Rassismus und Homophobie durchsetzte Alltagskommunikation.

Altherrenwitze über Oralsex in der Probe eines weiblichen Ensembles, ein Choreograf wird zum „Tanzner“, Techniker werden zu „Schwachmaten“. Hartmann sieht das anders. Er sprach am Samstag von einem „gezielten Angriff“ auf seine aktuelle Premiere des David-Bowie-Musicals „Lazarus“ in Düsseldorf. Den „Tanzner“ erklärt er mit der ironischen Selbstbeschreibung des Betroffenen in der ersten Begegnung, bei der dieser ihn als „großen weißen Mann mit Glätze“ bezeichnet habe. Die haben freilich weit seltener unter Rassismus zu leiden. „Viele homosexuelle Freunde“ mögen das heterosexuelle Leben bereichern, sind aber kein Garant zum Ausschluss von Homophobie.

Die UnterzeichnerInnen betonen ausdrücklich, dass sie keine justiziablen Vorwürfe erheben. Die Grenzen des kollegial Vertretbaren zieht allerdings nicht das Strafrecht. Unter Gleichen wären solche Injurien mit einer verbalen Zurückweisung ausreichend pariert. In der absurden Hierarchie des Stadt- und Staatstheaters, der Abhängigkeit von Stück- und Jahresverträgen werden sie zum existenziellen Problem. Im Brief aus dem Burgtheater geht es weniger um #MeToo als um die Beschreibung der Wirkungen struktureller Gewalt. Er bietet Anlass, eine längst fällige Debatte zu führen. Wie war das mit dem Ensemblegedanken? Wie geht kollektives Arbeiten in einer demokratischen Gesellschaft? Auf welchen Müllhaufen gehört der Geniekult des 19. Jahrhunderts?

Das Theater hat sich immer als fortschrittliches Korrektiv der Gesellschaft verstanden. Aber oft waren es gerade die selbstherrlichsten unter den Intendantenführern, die sich als Gegenspieler der „Mächtigen“ in Szene setzten. Jetzt geht's aus Eingemachte. Das Theater selbst ist politisch geworden. Das ist eine Chance.

Der lange Atem der Neonazis

Was macht die radikale Rechte gefährlich? Zwei Ausstellungen im NS-Dokumentationszentrum in München blicken auf die Geschichte von antisemitischen Schmierereien, rechten Anschlägen und Vereinen seit der frühen Nachkriegszeit in Westdeutschland zurück

Von Dominik Rigoll

Die ersten politisch motivierten Sprengstoffanschläge nach dem Zweiten Weltkrieg wurden in Deutschland nicht unter dem Banner einer linken Weltrevolution oder im Namen Allahs verübt, sondern von Leuten, deren Ziel es war, die Entnazifizierung zu stoppen. Einer der Anschläge traf im Januar 1947 die Nürnberger Spruchkammer. Im Februar folgte ein Anschlag auf das Büro des Spruchkammervorsitzenden Camille Sachs. Wie viele Akteure der westdeutschen Wiederaufbauzeit nach 1945 ist Sachs heute fast vergessen. Er stammte aus einem jüdischen Elternhaus, wie viele, die in den Kammern tätig waren, war er nach 1933 selbst diskriminiert und verfolgt worden.

Dass Entnazifizierer wie Sachs wenige Monate nach der vermeintlich „bedingungslosen“ Kapitulation erneut in Angst leben mussten, war keine Seltenheit. Überall in Bayern wurden Spruchkammern angegriffen. Im Visier der militanten Rechten standen aber auch SPD- und KPD-Büros, alliierte Militärbehörden und Betreuungsstellen für NS-Verfolgte. Viele der Täter hatten zuvor NS-Organisationen angehört. Es waren zumeist junge „Altnazis“, die nun als „Neonazis“ agierten, weil sie die eigene Niederlage und die neuen, durchaus noch instabilen Machtverhältnisse nicht akzeptieren wollten.

Seit 2015 gibt es am Münchner Königsplatz ein NS-Dokumentationszentrum, dessen Dauerausstellung über die Stadt zur Zeit des Nationalsozialismus informiert. Bis 3. April 2018 läuft zusätzlich dazu eine Sonderausstellung, die sich mit „Rechtsextremismus in Deutschland (gemeint ist bis 1990 Westdeutschland) nach 1945“ beschäftigt unter dem Obertitel: „Nie wieder. Schon wieder. Immer noch.“

Im Kern handelt es sich bei der Ausstellung um eine Chronologie, eine Zeitleiste, die von der Verordnung der alliierten Militärregie-

rung in Deutschland zur Auflösung der NSDAP und zum Verbot nationalsozialistischer Betätigung“ von 1945 bis zu Pegida-Demos vor ein paar Monaten reicht. Die Zeitleiste, an der man entlangläuft, ist zweigeteilt: Der untere Rand ist für die eigentlichen rechten Aktivitäten reserviert. Er beginnt mit einer satirischen Collage zur Wirtschaftlichen Aufbau-Vereinigung (WAV), die 1945 in München gegründet wurde. In einer Zeit, da offene rechtsextreme Parteien von den Besatzern verboten waren, fungierte die vermeintlich nur an Wirtschaftsfragen orientierte WAV als Sammelbecken. Siebzig Jahre später und ein paar Meter weiter heißen die Par-

Die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN) gilt selbst als „extremistisch“ und war in vielen Bundesländern lange verboten

teien „Der Dritte Weg“, „Die Rechte“ und „Alternative für Deutschland“. Antisemitische Schmierereien, Friedhoffschändungen und Drohbriefe („Wir kommen wieder“, „6 Millionen Schmarotzer wurden vertilgt“) scheinen seit 1945 durchweg an der Tagesordnung gewesen zu sein. Man fragt sich unweigerlich, wie hoch die Dunkelziffer der von Rechten zwischen 1945 und 1990 ermordeten Menschen liegt, wenn die Amadeu Antonio Stiftung, deren Zahlen in die Ausstellung übernommen wurden, allein seit der Wiedervereinigung 192 Tote gezählt hat. Das Bundeskriminalamt kam von 1990 bis 2015 auf immerhin 75 Todesfälle. Wie viele Tote, Verletzte und Eingeschüchterte gab es, als niemand zählte?

Der obere Rand der Zeitleiste bildet den gesellschaftlichen Umgang mit der radikalen Rechten und un-

terschiedlichen Formen des Rassismus ab. Sie beginnt mit den Protesten jüdischer Überlebender gegen den Abdruck eines antisemitischen Leserbriefes durch die *Süddeutsche Zeitung* 1949 und einer Demonstration der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN) 1950. Am Ende der Liste steht ein Hinweis auf einen Verein zur Unterstützung bei Diskriminierung, Rassismus und rechter Gewalt sowie auf den Dresdner Prozess gegen eine „Bürgerwehr“, die im sächsischen Freital Anschläge auf Asylunterkünfte und Übergriffe auf UnterstutzerInnen von Geflüchteten verübte.

Die Ausstellung kommt ohne Effekthascherei aus. Sie ist didaktisch, ohne belehrend zu sein. Vielleicht ist sie für Leute ohne ein professionelles Interesse am Thema weniger leicht zugänglich. Sie führt schnörkellos, mit gut ausgewählten Schrift-, Bild- und Ton-Dokumenten in eine Vorgeschichte der Gegenwart ein, die zeigt, wie grundfalsch es ist, mit Blick auf die radikale Rechte nur auf den Osten zu zeigen.

Eine Schwäche der Ausstellung ist, dass nicht genug gezeigt wird, wie schwer es Bürgerinnen und Bürger lange Zeit hatten, die gegen Rechtsradikalismus auf die Straße gingen. Die bereits erwähnte VVN etwa wird im Dokumentationszentrum mehrfach als ganz normale zivilgesellschaftliche Gruppe dargestellt. Das ist einerseits sehr sympathisch, unterschlägt aber andererseits, dass die VVN als „extremistisch“ galt und in vielen Bundesländern lange verboten war. Die Begründung für die Repression waren die DDR-Kontakte der VVN, aber im Grunde storte ihre Propaganda.

Ein weiteres Manko ist, dass die Ausstellung ein wenig der Eindruck vermittelt, als habe sich das antifaschistische „Nie wieder“ 1945 nur auf den Rechtsradikalismus bezogen. Genau genommen ging es um einiges mehr, so um Militarismus. Auch protestierte die VVN in den 1950er und 1960er Jahren nicht nur gegen „neonazistische Tendenzen“, wie es

in einer Bildunterschrift heißt, sondern auch gegen die Wiederbewaffnung, das Verbot der Kommunistischen Partei und vor allem auch dagegen, dass NS-belastete Richter und Polizisten den Kampf gegen die Neonazisten erschwerten.

Die Dauerausstellung, die freilich mehr als dreimal so groß ist, verfolgt hier einen differenzierteren Ansatz. Im 4. Stock, wo der Aufstieg der NSDAP im München der Weimarer Republik erklärt wird, ist nicht nur von der Hitler-Partei und den Kräften die Rede, die sich ihr entgegenstellten. Ganz selbstverständlich in den Blick genommen werden auch die vielen Verbindungen zwischen der NSDAP und dem Staatsapparat, dem Militär, der Wirtschaft und der Publizistik. Ohne diese Verbindungen wären die Nazis niemals in der Lage gewesen, zu einer Bedrohung für den Weltfrieden zu werden.

Und in der Bundesrepublik? Einerseits ist es natürlich offensichtlich, dass es hier der radikalen Rechten weit weniger gelang, Staat und Gesellschaft in ihrem Sinne zu mobilisieren. Andererseits wäre es ein Versuch wert, sich auch nach 1945 genauer anzuschauen, wie Staat und Gesellschaft mit der radikalen Rechten interagierten. Vielleicht findet sich dann eine Erklärung für deren relative Erfolglosigkeit. Der Gemeinplatz jedenfalls, wonach wir diese vor allem dem „Wirtschaftswunder“ verdanken, verfängt nicht wirklich: Wirtschaftlich ging es der BRD so gut wie nie, als die NPD 1964 ihren Aufstieg begann. Ähnliches lässt sich über die AfD-Erfolge sagen.

NS-Dokumentationszentrum, München, Sonderausstellung, bis 3. April 2018

Der Autor forscht am Zentrum für Zeithistorische Forschung in Potsdam zur radikalen Rechten im Nachkriegsdeutschland. Eine ungekürzte Fassung dieses Textes erscheint demnächst auf zeitgeschichte-online.de